



Ausschussdrucksache 18(18)275 d

24.11.2016

**Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),
Elke Hannack, Bundesvorstand**

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Bildung in Deutschland“

am Mittwoch, 30. November 2016

Stellungnahme



Stellungnahme der stellvertretenden Vorsitzenden
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Elke Hannack
zum öffentlichen Fachgespräch „Bildung in Deutschland“
im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des
Deutschen Bundestages am 30. November 2016
in Berlin

23.11.2016

Die gesplante (Bildungs-)Republik

In Deutschland gibt es einen erfreulichen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen, doch ein großer Teil der Bevölkerung bleibt von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Die Menschen insgesamt erreichen ein höheres Bildungsniveau, aber innerhalb der Gesellschaft verfestigen sich die Unterschiede. Das birgt sozialen Sprengstoff. Sollen die Fliehkräfte nicht weiter zunehmen, brauchen wir eine gesellschaftliche Bildungsstrategie. Bildungspolitik muss mehr Verantwortung für den Bildungserfolg jedes einzelnen Menschen übernehmen. Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen zudem wieder stärker zu Orten werden, in denen sich die verschiedenen Schichten begegnen.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Matthias Anbuhl
Abteilungsleiter

matthias.anbuhl@dgb.de

Telefon: 030 24060-297
Telefax: 030 24060-410
Mobil: 0151-16730271

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

1. Die polarisierte Gesellschaft

Die westlichen Demokratien stehen unter Hochspannung. In den Vereinigten Staaten, in vielen Ländern Europas und damit auch in Deutschland verzeichnen autoritäre, nationalistische Rechtspopulisten einen deutlichen Zulauf bei den Wahlen. Diese Parteien arbeiten mit offen rassistischen, homophoben, frauen- und behindertenfeindlichen sowie faktenresistenten Parolen. Wer sich die Wahlanalysen aus den USA und Frankreich, dem Brexit-Votum in Großbritannien oder auch bei den jüngsten Landtagswahlen in Deutschland anschaut, wird feststellen: Diese rechten Bewegungen werden bei weitem nicht nur von Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss und Arbeitslosen getragen, auch in Deutschland haben viele Facharbeiter mit mittlerem Bildungsabschluss, aber auch Bessersituierte rechtspopulistisch gewählt. Gewerkschaftsmitglieder votieren ebenfalls nicht seltener für Rechtspopulisten als der Rest der Bevölkerung.

Diese Wähler indes scheinen von dem Programm dieser Parteien nicht sonderlich überzeugt. Das zeigen auch erste Wahlanalysen. Das Gros dieser Menschen erhofft sich von den Rechtspopulisten keine Lösungen ihrer Probleme – und trotzdem geben sie ihre Stimme diesen Parteien. Diese Entwicklungen sind Anzeichen einer ersten Krise politischer Repräsentanz in den westlichen Demokratien.

Der aus einer Arbeiterfamilie stammende französische Soziologe Didier Eribon hat sich in seinem in Teilen autobiographischem Buch „Rückkehr nach Reims“ mit der Frage beschäftigt, warum viele Arbeiterinnen und Arbeiter im Norden Frankreichs ihre Stimme der rechtsextremen Front National geben.

Er schildert in seinem Buch exemplarisch ein Gespräch mit seiner Mutter, die sagt, sie wähle diese Partei nicht aus Überzeugung. Ihre Wahl sei vielmehr ein Warnschuss an die anderen Parteien gewesen. Die Stimme der einfachen Menschen werde sonst nicht mehr gehört.

Eribon fragte: Wie konnte es geschehen, dass weite Teile des Volkes im politischen Alltag kein Gehör mehr finden? Warum sehen so viele Arbeiter in der Abwertung von Einwanderern die Aufwertung ihres eigenen Selbstbilds? Warum streiten sie nicht gemeinsam mit den Einwanderern für ihre sozialen Rechte?

Der Schlüsselsatz von Donald Trump in seiner ersten Rede nach den Präsidentschaftswahlen in den USA war: „Die vergessenen Männer und Frauen dieses Landes werden nicht mehr vergessen sein.“ Dies ist ein starker Satz, weil er die Hoffnungen der Ausgegrenzten berührt. Es ist aber auch ein gefährlicher Satz, weil Trumps Programm – wie eigentlich die Programme aller Rechtspopulisten – ganze Bevölkerungsgruppen von diesem Versprechen ausschließt. Dieses Versprechen gilt eben nicht für Einwanderer oder Muslime. Solche Programme beinhalten die Spaltung der Gesellschaft.

Wer eine offene und soziale Demokratie verteidigen will, muss komplexe Antworten geben. Das Bildungssystem ist dabei *ein* wichtiger Faktor.

Notwendig ist zunächst eine politische Agenda, die die sozialen Sorgen vieler Menschen ernstnimmt: Die Ängste der alleinerziehenden Altenpflegerin, die wenig Geld verdient und sich vor Altersarmut fürchtet, sollten stärker ein Thema werden. Wir müssen die mangelnden Perspektiven des jungen Hauptschülers in den Blick nehmen, der zahllose Bewerbungen schreibt und trotzdem keinen Ausbildungsplatz bekommt. Ebenso gehören die prekäre Lage der Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, und die Sorge der Facharbeiterinnen und Facharbeiter vor sozialem Abstieg auf die politische Tagesordnung.

Zudem lässt sich ein Großteil der immensen Aggressionen, mit denen die politische Diskussion zum Beispiel im Internet geführt wird, aus dem konkreten Erleben von Abwertungen erklären. So schrieb nach den US-Wahlen die Online-Ausgabe der Hamburger Wochenzeitschrift „Die Zeit“ durchaus zugespitzt: „Lange Jahre haben die liberalen Eliten die da unten verachtet. Jetzt wählen diese Menschen Rassisten und der Schrecken ist groß.“

In der Tat gibt es auch in der deutschen Gesellschaft diese Tendenzen der Abwertung. Die Unterschicht kenne sich nicht mit Literatur aus. Sie gehe nicht in die Oper, sondern allenfalls in ein Helene-Fischer-Konzert. Sie schaue nicht Arte und höre nicht den Deutschlandfunk, sondern interessiere sich für RTL II und das Dschungelcamp. Sie esse nicht Bio, sondern Fast Food. Kurzum: Diese Menschen seien an ihrem Schicksal selbst schuld, so gängige Denkmuster.

Diese gesellschaftlichen Konflikte zeigen sich ganz konkret in unserem Bildungswesen. Deutschland sei auf dem Weg in eine neue Art der Klassengesellschaft, hieß es schon 2008 in der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichten Untersuchung „Eltern unter Druck“. Spätestens beim Eintritt in das Bildungssystem höre die Toleranz vieler Eltern auf. „Nicht mehr nur die höchsten Kreise, nicht mehr nur Akademikerfamilien, sondern bereits die breite Mittelschicht grenzt sich massiv nach unten ab. Man könnte hier beinahe von einer Art Kontaktsperre sprechen“, schreiben die Autoren der Studie.

Solche Entwicklungen führen dazu, dass die unterschiedlichen Milieus mehr übereinander als miteinander sprechen. Diese Tendenzen gefährden den sozialen Zusammenhalt und bergen gesellschaftlichen Sprengstoff. Unser Bildungssystem mit seinen Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen ist einer der wenigen Orte, an denen sich die unterschiedlichen Schichten und Milieus unserer Gesellschaft begegnen können. Wenn das Bildungswesen in zahlreichen Studien vermessen wird, richtet sich der Blick zunächst auf die erreichten Abschlüsse und Kompetenzen.

Das ist auch richtig, denn diese Faktoren sind entscheidend für die späteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Wer aber unser Bildungssystem bewerten will, muss zudem beachten, ob es soziale Integration fördert und Milieus zusammenführt oder ob es nicht systematisch zu einer Trennung der Lebenswelten beiträgt. Auch deswegen stellt sich weiterhin die Frage der Schulstruktur.

2. Das polarisierte Bildungssystem

Sämtliche Bildungsberichte verzeichnen durchaus Fortschritte in der Bildungspolitik. Die Zahl der Krippenplätze ist deutlich gestiegen, mehr Menschen beginnen ein Studium und bilden sich weiter. Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an, zudem ist in vielen Vergleichstests ein Zuwachs an Kompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern zu erkennen. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss ist bedrückend hoch. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Zu viele Menschen blieben von dem Trend zur höheren Bildung abgehängt. Das deutsche Bildungssystem ist polarisiert.

Mit Blick auf den Nationalen Bildungsbericht lassen sich sechs zentrale Herausforderungen identifizieren:

Der feste Sockel der Ausbildungslosigkeit: Der Trend zu höherer Bildung kommt insbesondere bei Geringqualifizierten kaum an. Fast zwei Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das sind 13,3 Prozent dieser Altersgruppe.

Viele dieser Menschen werden kaum ihren eignen Lebensunterhalt verdienen können, ihnen droht ein Leben in prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. So ist zwar im Jahr 2015 die Arbeitslosigkeit insgesamt auf rund 6,5 Prozent gesunken, bei den Geringqualifizierten betrug sie hingegen mehr als das Dreifache – und hat sich damit entgegen dem allgemeinen Trend um 0,4 auf 20,3 Prozent erhöht.

Rund 270.000 Jugendliche steckten in den zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest. Die Mehrheit von ihnen hat einen Hauptschulabschluss (47,7 Prozent) oder einen mittleren Abschluss (26,8 Prozent). Seit mehr als zwanzig Jahren liege bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen das Angebot unterhalb der Nachfrage, heißt es im Bildungsbericht. Auf diese Weise wird eine hohe Ausbildungslosigkeit vorprogrammiert.

Die soziale Spaltung: Trotz einiger Fortschritte ist es letztlich nicht gelungen, die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nachhaltig aufzubrechen. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung ist für die Kinder arbeitsloser Eltern vielerorts nur eingeschränkt möglich, da der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz an den Erwerbsstatus der Eltern gekoppelt ist. Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind eines Akademikers im Vergleich zu einem Arbeiterkind eine mindestens drei Mal so große Chance das Gymnasium zu besuchen. Der Übergang von der Schule in den Beruf fällt Jugendlichen mit Hauptschulabschluss deutlich schwerer. Nur 45,3 Prozent schaffen nahtlos den Sprung von der Schule in die Ausbildung. Auch in der bundesweiten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern ist bei zwei von drei Angeboten inzwischen ein mittlerer Schulabschluss die Mindestvoraussetzung. Beim Zugang zu den Hochschulen zeigt sich ebenfalls die soziale Spaltung.

Die regionale Spaltungen: Fortschritte im deutschen Bildungssystem haben keine Himmelsrichtung und kein Parteibuch. Das zeigt der Bundesländervergleich des Berliner Instituts zur Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB), der Bildungstrend.

Bei diesem Vergleich der Sprachkompetenzen von Neuntklässlern waren Bundesländer im Norden, im Süden und auch im Osten der Republik erfolgreich, in denen ganz unterschiedliche Koalitionen regieren. Dennoch verzeichnet auch der Nationale Bildungsbericht 2016 wachsende regionale Unterschiede. Die neuen Trennlinien verlaufen nun zwischen Stadt und Land. Während die Metropolen durch eine wachsende Bevölkerung und mitunter starke soziale Spannungen geprägt sind, geht es auf dem Land vielfach um den Erhalt von Schulen und Kitas. Inzwischen sind es 163 Gemeinden in Deutschland, in denen sich der öffentliche Träger komplett aus dem Angebot der Sekundarschulen zurückgezogen hat. Auch auf dem Ausbildungsmarkt zeigen sich die regionalen Unterschiede: Während im Ruhrgebiet oder in den mittleren Städten Hessens und Niedersachsen die Lage auf dem Ausbildungsmarkt extrem angespannt ist, haben die Jugendlichen in Freising und Passau, aber auch in Stralsund und Greifswald deutlich bessere Chancen.

Die strikte Trennung von beruflicher und akademischer Bildung: Die starke Spaltung zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist ein Kennzeichen des deutschen Bildungssystems. Hier gibt es zwei unterschiedliche Trends. Die Zahl der Studierenden, die bereits eine Ausbildung in der Tasche haben, ist deutlich gesunken – und zwar von 34 Prozent (1994) auf 22 Prozent (2012). Dennoch gab es spürbaren Zuwachs von Studierenden ohne Abitur von 0,8 Prozent (2000) auf 3,5 Prozent (2014). Ein Blick in andere Länder zeigt, dass es noch besser geht: In England und Wales liegt die Quote der Studierenden ohne Abitur an den Hochschulen bei 15 Prozent, in Schweden und Österreich immerhin schon bei sechs Prozent.

Der wachsende Anteil privater Schulen: Die Bedeutung privater Schulen wächst. Mittlerweile gibt es knapp 4.000 dieser Schulen in Deutschland. Ihr Anteil ist seit 2006 um satte 26 Prozent gestiegen. Dies ist vor allem in den Ballungszentren ein Problem. So ziehen diese Schulen dort überwiegend wirtschaftlich stärkere Familien an. Auf diese Weise trägt der Ausbau der privaten Schulen in den großen Städten zu einer sozialen Entmischung und damit wachsender gesellschaftlicher Spaltung bei.

Die Integration der Zuwanderer: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lage der Zuwanderer im Bildungssystem verbessert, auch sie erwerben im Schnitt höhere Bildungsabschlüsse. Trotzdem mündete jeder zweite ausländische Jugendliche in die zahllosen Ersatzmaßnahmen im Übergang von der Schule in den Beruf ein. Ausländische Jugendliche verlassen die Schule mehr als doppelt so oft wie einheimische Jugendliche ohne Abschluss und erreichen dreimal seltener die Hochschulreife. Dabei ist der mangelnde Bildungserfolg vor allem mit der sozialen Herkunft verknüpft. Bei Neuntklässlern aus gleichen sozialen Milieus spielt die Zuwanderungsgeschichte der Familie keine relevante Rolle, wenn es um den Besuch der Schulart geht.

Hinzu kommt eine neue Herausforderung für unsere Gesellschaft. Rund 890.000 Menschen sind allein 2015 nach Deutschland geflüchtet. Im Jahr 2016 waren es bis zum September noch immerhin 210.000 Menschen. Sie suchen Schutz vor Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung. Unter diesen Menschen sind hunderttausende Kinder und Jugendliche – viele von ihnen sind schwer traumatisiert, viele haben nie eine richtige Schule besucht. Diese Menschen gilt es, in Bildung und Arbeit zu integrieren.

Dabei darf es aber nicht zu einer Bildungskonkurrenz zwischen Einheimischen und Geflüchteten kommen. Diese Herausforderung zu meistern, wird eine weitere zentrale Aufgabe der Bildungspolitik in den kommenden Jahren.

3. Für eine gesellschaftliche Bildungsstrategie

Wer die Spaltung unserer Gesellschaft bekämpfen und sozialen Zusammenhalt sichern will, muss die Polarisierung in unserem Bildungssystem überwinden. Trotz einiger Erfolge in den vergangenen Jahren gibt es für eine soziale Bildungspolitik noch alle Hände voll zu tun. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schlägt deshalb vor, dass Bund, Länder, Kommunen und Sozialpartner gemeinsam eine gesellschaftliche Bildungsstrategie entwickeln. Wir plädieren für eine **„Reformkommission Bildung“**, die eine solche Strategie entwickelt. Für den DGB gehören folgende Eckpunkte zu einer solchen Bildungsstrategie:

Zwar gab es in Deutschland in den jüngsten Jahren einen deutlichen Anstieg der Krippenplätze. Doch mit 32,7 Prozent verfehlen wir bei den Kindern, die jünger als drei Jahre sind, noch immer die schon für 2014 anvisierte 35-Prozent-Marke. Ohnehin war der Kita-Ausbau mehr ein „Aufbau West“. Trotzdem liegt im Westen die Ausbau-Quote bei nur 28,1 Prozent. Neben dem Ausbau der Quantität müssen wir das Augenmerk auch auf die Qualität der frühkindlichen Bildung legen. Notwendig sind bundesweite Standards für die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung. Dazu zählen der Personalschlüssel, die Gruppengrößen, die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Zeit für Vor- und Nachbereitung. Diese Standards müssen bundesweit gelten – unabhängig vom Träger. Sie sind in einem **Kita-Qualitätsgesetz** festzuschreiben.

Auch beim Ausbau der Ganztagschulen gab es in den Jahren 2003 bis 2009 einen echten Schub. Allerdings sind die meisten von ihnen so genannte offene Ganztagschulen, mit einem qualitativ ungesicherten Nachmittagsbereich. Die Begleitforschung zeigt, dass in dieser Form die Potenziale der Ganztagschule für ein verbessertes Lernen und mehr Chancengleichheit nur unzureichend genutzt werden. Bund und Länder sollten den Ausbau von guten Ganztagschulen konsequent voranbringen und gemeinsam einen **Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz** ab dem Jahr 2020 einführen. Der Ausbau der Ganztagschulen ist mit dem **Ausbau der Schulsozialarbeit** zu verknüpfen. Notwendig sind multiprofessionelle Teams in Kitas und Schulen. Für berufsbildende Schulen sollten Bund und Länder einen **Berufsschulpakt** schmieden, der die technische Ausstattung, die regionale Versorgung sowie die Qualifizierung der Lehrkräfte in den Blick nimmt. Bei rund 34 Milliarden Euro liegt der Sanierungsstau laut Kreditanstalt für Wiederaufbau an den öffentlichen Schulen. Es ist gut, wenn der Bund in die **Schulsanierung** investiert. Dazu muss das **Kooperationsverbot** abgeschafft werden.

Um den Jugendlichen in den Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung eine bessere Perspektive zu bieten, ist ein Paradigmenwechsel in Deutschland notwendig: Weg von den zahllosen Maßnahmen im Parallelsystem hin zu qualifizierter dualer betrieblicher Ausbildung – bei Bedarf mit professioneller Ausbildungsbegleitung. Mit dem Ausbau der **ausbildungsbegleitenden Hilfen** und der flächendeckenden Einführung der **Assistierten Ausbildung** soll das betriebliche Ausbildungsangebot gestärkt werden. Die Mobilität der Jugendlichen muss zudem besser unterstützt werden.

Jeder Jugendliche soll eine **Ausbildungsgarantie** bekommen. Sie sollte den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs (Berufsschulen, Bildungseinrichtungen) mit Übergang in betriebliche Ausbildung regeln. Die betriebliche Ausbildung hat dabei Vorrang.

Doch ausschließlich mit rein betrieblichen Angeboten werden sich die Spannungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht lösen lassen. „Es wird neuer politischer Überlegungen zu Formen über- und außerbetrieblicher Ausbildung bedürfen“, schreiben auch die Autoren des Bildungsberichts treffend. In Regionen mit einem sehr angespannten Ausbildungsmarkt können – in Abstimmung mit den Sozialpartnern – **außerbetriebliche Ausbildungsplätze** für mindestens dreijährige Ausbildungsberufe angeboten werden. Dabei ist der Wechsel in betriebliche Ausbildung anzustreben. Hierzu sollte ein steuerfinanziertes Bund-Länder-Programm aufgelegt werden.

Wir müssen die Vielzahl der Studiengänge lichten. Zurzeit gibt es in Deutschland rund 18.300 Studiengänge, rund 7.000 mehr als zehn Jahre zuvor. Zum Vergleich: In der dualen Ausbildung existieren rund 330 Ausbildungsberufe. Das Angebot der Studiengänge ist für die jungen Menschen und für die Betriebe kaum noch transparent. Brauchen wir wirklich ausgefallene Spezial-Studiengänge wie den Bachelor in Coffeemanagement in Hamburg? Solche Studiengänge bieten selten nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen deshalb für Studienangebote fachbezogene Standards, die solche ausgefallenen Spezialangebote verhindern.

Kurzfristig muss das **BAföG gestärkt** werden. Notwendig sind ein deutliches Plus bei Freibeträgen und Bedarfssätzen sowie ein Absenken des Darlehensanteils, um eine hohe Verschuldung am Ende des Studiums zu vermeiden. Damit es in künftigen Jahren nicht mehr zu zahlreichen Nullrunden beim BAföG kommt, sollte der Bund einen automatischen Inflationsausgleich einführen.

Das lebenslange Lernen muss mittelfristig durch ein **Erwachsenen-BAföG** verbessert werden. Wir benötigen eine echte Finanzarchitektur lebenslangen Lernens. Bisher stehen zahlreiche Elemente – zum Beispiel das BAföG, das Meister-BAföG, Bildungsprämien und Aufstiegsstipendien – unverbunden neben einander. Die Studienfinanzierung, das Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse sowie die berufliche Aufstiegsfortbildung sollen hier in einem Erwachsenen-BAföG zusammengeführt werden.

Wir brauchen **bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungswesen.** Sie sind letztlich der Schlüssel zum Gelingen von Bildungsreformen. Dazu zählt zum Beispiel das Beenden des Befristungswahns an den Hochschulen sowie der Befristung von angestellten Lehrkräften, wie zum Beispiel bei Seiteneinsteiger. Für diese benötigen wir mehr Weiterbildungskonzepte. Und Bund und Länder müssen endlich die prekäre Beschäftigung in der Weiterbildung beenden. Der Bildungsbericht spricht hier von einem Feld mit niedrigen Einkommen bei hoher Qualifikation der Lehrkräfte. Wenn es keine attraktiven Arbeitsbedingungen und keinen fairen Lohn gibt, wird es immer schwerer, in der Weiterbildung qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Sowohl in der Kita als auch in der Grundschule muss die anspruchsvolle und wertvolle Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen sowie Lehrkräfte endlich anerkannt werden. Eine bessere Bezahlung ist überfällig.

Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. In Deutschland besteht im internationalen Vergleich vor allem bei den **öffentlichen Bildungsausgaben** enormer Nachholbedarf. Bund und Länder haben auf dem Dresdner Bildungsgipfel beschlossen, bis 2015 mindestens **10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** für Bildung und Forschung auszugeben. Nach ihren eigenen Beschlüssen müssten sie jährlich mindestens 23 Milliarden Euro zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung investieren, um wieder Anschluss an andere Industriestaaten zu gewinnen. Nach internationalen Standards liegt der Bedarf sogar noch höher.

Auf dem Tisch liegen viele Ideen für eine gesellschaftliche Bildungsoffensive. Darüber diskutieren nicht nur der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, sondern auch SPD, Unionsparteien, Grüne, Linke, die Spitzenverbände der Wirtschaft und viele andere gesellschaftliche Organisationen. Längst gibt es viele bemerkenswerte Graswurzel-Initiativen im Bildungswesen selbst. Diese progressiven Kräfte gilt es zu bündeln, um gemeinsam eine Bildungsstrategie zu formulieren.

Sollte dieser neue Anlauf in Richtung „Bildungsrepublik“ nicht gelingen, drohen die Fliehkräfte in der Gesellschaft weiter zuzunehmen - mit gravierenden Folgen für unsere Demokratie und Gesellschaft.

Berlin, 23. November 2016

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende

Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter für Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand

4. Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld

Bundesagentur für Arbeit (2016): Bewerber und Berufsausbildungsstellen in Deutschland. November 2016.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016): Berufsbildungsbericht 2016. Berlin.

Bundesregierung/Regierungschefs der Länder (2008): Qualifizierungsinitiative – Aufstieg durch Bildung. Dresden

Bundesinstitut für Berufsbildung (2016): Wege zur Integration von Geflüchteten in die Berufliche Bildung – Stärken der dualen Berufsbildung in Deutschland nutzen. Bonn

Eribon, Didier (2009): Rückkehr nach Reims. Paris

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Nürnberg.

Merkle, T.; Wippermann, C. (2008): Eltern unter Druck. Stuttgart (im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung)

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.

OECD (2016): Bildung auf einen Blick 2016. Paris/Bielefeld.